

## „Hintergrunddeal mit Blauen“



**Causa Sidlo.** In der Affäre um die Bestellung des Casinos-Finanzvorstandes gab es Razzien bei den Ex-Finanzministern Löger und Pröll sowie Aufsichtsratschef Rothensteiner.

VON JUDITH HECHT

Wien. In der Causa Glücksspiel wurden am Dienstag in der Früh neuerlich Hausdurchsuchungen durchgeführt. Die Razzien fanden beim ehemaligen ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger, bei dessen seinerzeitigem Generalsekretär, dem nunmehrigen Öbag-Chef Thomas Schmid, sowie beim Aufsichtsratspräsidenten der Casinos Austria, Walter Rothensteiner, statt. Und auch bei Josef Pröll – er ist stellvertretender Aufsichtsratspräsident der Casinos Austria. Bei den Ermittlungen geht es um die Frage, ob es bei der Bestellung des FPÖlers Peter Sidlo zum Finanzvorstand des Konzerns politische Absprachen zwischen der FPÖ und Casinos-Großaktionär Novomatic gegeben hat. Erst Mitte August hatte es deswegen Razzien bei Sidlo selbst, bei Novomatic, beim damaligen FPÖ-Chef, Heinz-Christian Strache, sowie bei Johann Gudenus gegeben.

Im Zuge der Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) dürfte sich der Verdacht erhärtet haben, dass bei Sidlos Bestellung nicht alles rechtens abgelaufen sei. Hartwig Löger scheint bei Rothensteiner tatsächlich interveniert zu haben, um Sidlo in den Chefessel

zu hieven. Das geht brisanterweise aus einer Aktennotiz hervor, die Rothensteiner selbst am 1. Februar 2019 – also inmitten des Auswahlverfahrens – verfasst hat. Sie liegt der „Presse“ vor: „Hat (Anm.: Löger) mit Johann Graf (Anm.: Gründer und Alleinaktionär der Novomatic) konferiert, der hat irgendeinen Hintergrunddeal mit den Blauen. Daher ist Sidlo ein Muss. Alternativkandidaten von Neumann (Anm.: Novomatic-Chef) gibt es nicht mehr, Graf will es nicht. Habe Löger gesagt, dass ich damit eigentlich meine Funktion überdenken muss. Versteht er, bittet mich, ihn zu verstehen.“

Weiters hält Rothensteiner in seiner Notiz fest, dass sowohl Löger als auch er noch diverse Gespräche führen würden, damit der Aufsichtsrat Sidlo einstimmig bestellen könne. Und so ist es auch geschehen. Sidlo zog mit 1. Mai in den Vorstand der Casinos ein, nur die Vertreter der tschechischen Sazka-Gruppe hatten sich zuvor bei der Abstimmung ihrer Stimme enthalten.

### Rothensteiner korrigierte seine Aussage

Was bisher nicht bekannt war: Bereits am 12. August, an dem die erste Razzia-Runde stattgefunden hat, haben die Ermittler Rothensteiner an seinem Zweitwohnsitz in Niederösterreich aufgesucht, um ihn als Zeuge einzuvernehmen: Auf die Frage, ob bei ihm persönlich oder im Aufsichtsrat betreffend der Bestellung von Sidlo interveniert worden sei, sagte er damals: „Im Aufsichtsrat oder bei mir wurde nicht interveniert. Ich weiß auch nicht, ob seitens des Ministeriums etwas mit der Novomatic beredet wurde. (...) Ich weiß vom Finanzminister, dass er die Causa Sidlo kannte und gegen seine Bestellung keine Einwände hatte.“ Mit Staatssekretär Hubert Fuchs von der FPÖ habe er keinerlei Kontakt gehabt, gab der Aufsichtsratschef an.

Seit einer anonymen Anzeige geht es bei den Casinos Austria drunter und drüber. Gestern fanden Razzien bei Ex-Finanzminister Löger und den Aufsichtsratschefs Walter Rothensteiner und Josef Pröll statt. [picturedesk.com]

Seine damaligen Antworten dürften nicht ganz den Tatsachen entsprochen haben. Gute fünf Wochen später, am 20. September, lässt Rothensteiner nämlich dem Bundeskriminalamt ein Schreiben übergeben, in dem er seine zuvor getätigten Aussagen „richtigstellt und ergänzt“. Er habe zwischenzeitlich die eingangs zitierte Aktennotiz von dem Telefonat mit Löger in seinen Notizen, die er auf dem Smartphone gespeichert hat, gefunden, teilt er mit. Auf diese Daten hatten freilich auch die Ermittler Zugriff.

### Löger rief Casinos-Aufsichtsratschef an

Und weiter: Löger habe ihn wohl angerufen, weil „meine gewisse Skepsis gegenüber Sidlo bekannt geworden war. (...) Ich war über diesen Anruf nicht erfreut und gab das Herrn BMF Mag. Löger auch zu verstehen.“ Darum habe er ihm auch gesagt, dass er damit eigentlich seine Funktion überdenken müsse. Warum er sein Aufsichtsratsmandat nach den politischen Einflussnahmen doch nicht zurückgelegt habe? Es sei eine Lösung erzielt worden, „mit der ich und letztlich auch der gesamte Aufsichtsrat leben konnte“, so Rothensteiner in seinem Schreiben.

Josef Pröll sagte nach der Razzia, er habe sich stets an das Aktienrecht gehalten. Die Öbag teilte wiederum mit, dass man mit den ermittelnden Behörden vollinhaltlich kooperiere und alle Unterlagen freiwillig übergeben habe. Die Gesellschaft sei in keiner Weise als Beschuldigte betroffen. Thomas Schmid dürfte allerdings schon des Längeren zu Ohren gekommen sein, dass er in die Untersuchungen zur Glücksspiel-Causa involviert ist. Jedenfalls hat er vor einigen Wochen Anwalt Thomas Kralik mit seiner Vertretung beauftragt. Dieser hat die WKStA am 6. September um Auskunft ersucht, ob gegen Schmid Ermittlungen laufen.

### AUF EINEN BLICK

**Casinos Austria.** Die Bestellung des FPÖlers Peter Sidlo zum Finanzvorstand hat die Staatsanwaltschaft auf den Plan gerufen. Im Vorfeld soll es zu Absprachen zwischen FPÖ und ÖVP gekommen sein. Gestern fanden bei Ex-Finanzminister Hartwig Löger und Aufsichtsratschef Rothensteiner Razzien statt.

THOMAS



**MENSCHEN**  
**„Ich bin eine wilde Natur“**  
Die Choreografin Leonie Wahl erzählt in ihrem neuen Stück über Momente, die einen Menschen verändern. **S. 25**

**ÖSTERREICH**  
**Auftakt unter vier Augen**  
Mit einem Vier-Augen-Gespräch haben die Vorsitzenden von ÖVP und Grünen, Sebastian Kurz und Werner Kogler, die Regierungsverhandlungen eröffnet. **S. 2, 3**

**BOLIVIEN**  
**Nach Flucht regiert die Gewalt**  
Ex-Präsident Morales setzt sich nach Mexiko ab. Die Armee schreitet gegen seine Anhänger ein. **S. 7**

**ECONOMIST**  
**Kehtwende bei Osram**  
Die Führung des Lichttechnik-Konzerns gibt ihren Widerstand gegen die Übernahme durch den steirischen Chip- und Sensorhersteller AMS auf. **S. 15**

**NAVIGATOR**  
Veranstaltungen **S. 25**  
Radio & TV ..... **S. 24**  
Sport ..... **S. 19**  
Aktien, Fonds ..... **S. 16**  
Wetter ..... **S. 28**  
Impressum ..... **S. 28**  
[Foto: Michèle Pauty]



**GEHT ZUM EINEN OHR REIN. UND BLEIBT DANN DRIN.**

ONE RADIO FIVE CHANNELS

Superfly.fm  
Your Soul Radio

**Vierfach Jackpot**

**4,8 Mio. €**

LOTTO

spiele-mit-verantwortung.at

**SCHLOSS HOF**  
SIE WERDEN UGEN MACHEN

**WEIHNACHTSMARKT**  
16.11.-22.12.2019 JEDEN SA, SO 10-19 UHR  
Gratis Busshuttle: Bhf. Marchegg - Schloss Hof  
www.schlosshof.at



## LEITARTIKEL

VON HANNA KORDIK



## Die „Causa Glücksspiel“ ist nicht der übliche Postenschacher

Jobs für verdiente Parteisoldaten - schlimm genug. Bei den Casinos Austria geht es aber auch um strafrechtliche Aspekte.

Schon interessant, welche Wortspenden am Dienstag zu vernehmen waren: Die „Causa Glücksspiel“ hatte gerade ganz offiziell mit zahlreichen Razzien - diesmal gleich bei zwei ehemaligen Finanzministern des Landes - eine neue Eskalationsstufe erreicht, da wurde schon eifrig spekuliert. Von „Dabei wird eh nichts herauskommen“ bis hin zu „Die Ermittlungen sind ein politisch abgekartetes Spiel“ war so ziemlich alles zu hören. Je nach politischer Façon halt.

Ganz besonders originell ist eine Meinung, die von nicht wenigen vertreten wird. Nämlich, dass Postenschacher halt so etwas wie österreichisches Brauchtum sei. Und jetzt, bei den Casinos Austria, regen sich auf einmal alle darüber auf? Oder, um beim österreichischen Idiom zu bleiben: Jetzt pudelt sich die Staatsanwaltschaft plötzlich auf?

Höchste Zeit, ein paar Dinge klarzustellen: Ja, es kann durchaus sein, dass bei der Angelegenheit am Ende nichts herauskommt. Und ja, es kann auch durchaus sein, dass die Causa so einig politisch hervorragend ins Konzept passt. Trotzdem: Mit dem gemeinen Postenschacher, wie wir ihn alle kennen, hat die „Causa Glücksspiel“ herzlich wenig zu tun. Diesmal kommen (auch) mutmaßlich strafrechtliche Aspekte zum Tragen.

Halten wir fest: Im heurigen Frühjahr musste der Vorstand des Glücksspielkonzerns neu aufgestellt werden. Außer Streit stand, dass Bettina Glatz-Kremsner Vorstandsvorsitzende wird. Sie ist seit 30 Jahren im Unternehmen, war zuletzt Finanzvorstand und hat gute Arbeit geleistet. Und: Sie ist als ehemalige ÖVP-Vizechefin der Volkspartei zuzurechnen.

Da musste natürlich - damals regierte Türkis-Blau - ein FPÖ-Kandidat her. So weit, so gewöhnlich für österreichische Verhältnisse. Die Wahl fiel auf den blauen Bezirksrat Peter Sidlo, dessen Eignung für den Job - sagen wir es freundlich - höchst überschaubar war. Der eingeschaltete Personalberater, Egon Zehnder, brachte seine Bedenken auch ungewöhnlich unverblümt zu Protokoll, doch das war den Entscheidungsträgern offenbar einerlei: Die Regierung hatte sich auf einen blauen Finanzvorstand geeinigt. Und es wäre wohl nicht das erste Mal, dass jemand mit

enden wollender Qualifikation einen hoch dotierten Posten in einem Staatsunternehmen bekommt.

Business as usual eben. Postenschacher, an den wir uns alle zähneknirschend gewöhnt haben. Ist so, war immer so.

Und doch haben die Ereignisse in den Casinos Austria eine neue Qualität. Dies deshalb, weil die Casinos Austria nicht zu hundert Prozent im Staatseigentum stehen. Das Unternehmen hat zu einem Gutteil private Miteigentümer.

Mehr als 38 Prozent des Unternehmens gehören dem tschechischen Glücksspielkonzern Sazka. Über 17 Prozent der Anteile entfallen auf den niederösterreichischen Mitbewerber Novomatic. Nur etwas über 33 Prozent werden von der Staatsholding Öbag gehalten. Heißt: Die Republik Österreich hält bloß eine *Beteiligung* an den Casinos Austria. Heißt außerdem: Um die höchst fragwürdige Personalie durchzuboxen, war die Zustimmung zumindest eines privaten Miteigentümers notwendig.

Die tschechische Sazka war es nicht. Deren Vertreter im Casinos-Aufsichtsrat haben sich bei der Bestellung von FPÖler Peter Sidlo der Stimme enthalten. Die Vertreter von Novomatic hingegen waren regelrecht glühende Verfechter von Peter Sidlo - und haben geholfen, ihn zu inthronisieren.

Warum? Weil sie sich bloß mit der Regierung (speziell mit der FPÖ) gut stellen wollten? Nach dem Motto: „Hilft's nicht, schadet's nicht“? Oder aber, weil ihnen von politischer Seite diskret Versprechungen gesetzlicher Natur gemacht wurden?

Letzteres hätte selbstverständlich strafrechtliche Implikationen.

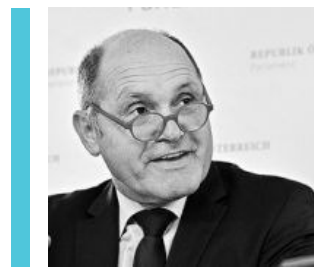
Muss natürlich alles nicht sein, und in Österreich gilt allemal die Unschuldsvermutung. Aber ermitteln wird man schon noch dürfen. Nein, man soll es sogar. Aus hygienischen Gründen.

Auch wenn das für einige Betroffene das sichere Ende ihrer politischen Karriere bedeutet.

Mehr zum Thema: [Seite 1](#)

E-Mails an: [hanna.kordik@diepresse.com](mailto:hanna.kordik@diepresse.com)

## STAAT, GESELLSCHAFT UND TRANSPARENZ

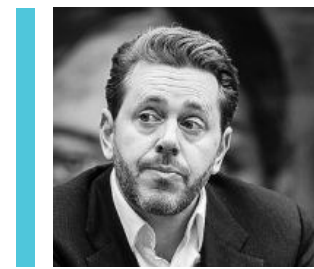


Wolfgang Sobotka.  
Nationalratspräsident [APA]



Alma Zadić.  
Juristin, ehemals Liste Jetzta [APA]

## WIRTSCHAFT UND FINANZEN



Harald Mahrer.  
Wirtschaftskammer-Präsident [Reither]



Josef Meichenitsch.  
Finanzexperte, Ex-Banker [APA]

## KLIMA, VERKEHR UND LANDWIRTSCHAFT



Elisabeth Köstinger.  
Ex-Umweltministerin [Fabry]



Leonore Gewessler.  
Früher Chef von Global 2000 [Fabry]

## Hundert Verhandler

**Türkis-Grün.** Die beiden Parteichefs gaben sich zu Beginn leicht optimistisch und nominierten ihre Teams.

VON PHILIPP AICHINGER UND THOMAS PRIOR

Wien. „Wir haben Werner Kogler und die Grünen zu Verhandlungen eingeladen“, sprach ÖVP-Obmann Sebastian Kurz - und machte eine freundliche Geste in Richtung Kogler. Dieser machte eine nette Geste zurück, bevor er mit den Händen in eine Art Merkel-Raute wechselte. „Danke für Ihr anhaltendes Interesse“, sagte der Grünen-Chef auch höflich zu den Medienvertretern.

Nach den ersten Koalitionsverhandlungen - einem Vieraugengespräch der Parteichefs am Dienstag - konnte man den Eindruck gewinnen, dass die Chemie zwischen Kurz und Kogler passt. Wenngleich beide weiterhin die inhaltlichen Unterschiede sehen. Doch es gebe „viele Bereiche, wo es möglich erscheint, aufeinander zuzugehen“, meinte Kurz. Es gebe kein Gebiet, wo es „nicht irgendeine Art der Überschneidung geben würde“, drückte es Kogler aus. Konkreter wurden beide dabei aber nicht.

Mit den Verhandlungen wird es in den nächsten Wochen ernst. Jeweils rund 50 Leute auf beiden Seiten - insgesamt also hundert - sollen erkunden, ob aus der türkis-grünen Koalition etwas werden kann. Es gibt sechs Verhandlungsgruppen mit ihren jeweiligen

Leitern (siehe oben). Und eine inhaltliche Forderung hatte Kogler am Dienstag schon vor dem Treffen mit Kurz durchklingen lassen: Eine kilometerabhängige Maut soll die Vignette ersetzen, fürs Erste jedenfalls im Lkw-Verkehr - Landstraßen inklusive. „Bei Pkw würde das sicher länger dauern.“

Mit der Verhandlungsgruppe „Wirtschaft und Finanzen“ wurden Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer und der Budgetexperte Josef Meichenitsch, einst Koglers Büroleiter, beauftragt. Beim Themen-



Sebastian Kurz (l.) und Werner Kogler zeigten sich nach

## Sicherheitslücken beim BVT

**Verfassungsschutz.** Der Berner Club, eine Verbindung europäischer Nachrichtendienste, überprüfte das heimische BVT.

Wien. Wie gut kann ein Geheimdienst Geheimnisse bewahren? In Österreich: nicht so gut. Wie nun bekannt wurde - Ö1 und die Tageszeitung „Österreich“ berichteten -, hat der sogenannte Berner Club, eine Verbindung aller wichtigen Nachrichtendienste Europas, die Sicherheitsvorkehrungen des österreichischen Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) überprüft - und dabei gravierende Probleme festgestellt.

So sollte beispielsweise das IT-System des BVT im Level „confidential“ oder höher ausgelegt sein. Dass das nicht der Fall ist, gilt als „ernster Mangel“. Weiters sei das IT-System des BVT generell nicht für die Verarbeitung und Speicherung von vertraulicher Information ausgelegt: Die EDV sei mit dem Internet verknüpft, was die Gefahr erhöhe, dass auch geheime Infos des Berner Clubs an Terroristen gehen könnten. Hacker könnten aktuell über das BVT-System sogar in „Poseidon“ (das ist das IT-Netzwerk des Berner Clubs) eindringen, heißt es in der Analyse. Das BVT erlaube außerdem allen Mitarbeitern die Mitnah-

me von Mobiltelefonen oder Laptops in Hochsicherheitszonen der Zentrale, sprich: Jeder kann Screenshots von Topsecret-Dokumenten machen und in seinen privaten Bereich mitnehmen. Und: Österreichs Agenten verwenden noch immer vier Anti-Virus-Programme des russischen Unternehmens Kaspersky. Diese Software sei schon vor Monaten von anderen europäischen Geheimdiensten aus deren EDV entfernt: Das Spionage-Risiko sei extrem hoch gewesen (eine Einschätzung, gegen die die Firma Kaspersky übrigens protestierte).

## Neos für schnelle BVT-Reform

Politisch reagierten unter anderem die Neos auf den Berner Bericht: Er sei der Beweis, wie dringend eine Geheimdienstreform sei. Innenminister Wolfgang Peschorn „darf das nicht auf die nächste Regierung abschieben, sondern muss unverzüglich zusammen mit dem Parlament die Weichen für eine BVT-Reform stellen“, so Stephanie Krisper (Neos). Dafür müsse der Geheimdienstausschuss so schnell wie möglich zusammentreten. (APA)

## Maut: Weitere Ausnahmen?

**Nationalratssitzung.** Die Grünen rechtfertigen ihre Zustimmung: Die verkehrsgeplagten Gemeinden würden zumindest kurzfristig entlastet.

Wien. Die von ÖVP, Grünen und Neos geplanten Ausnahmen von der Vignettenpflicht könnten erweitert werden. Der am Montag vom Budgetausschuss beschlossene Entwurf würde Verkehrsminister Andreas Reichhardt die Möglichkeit geben, weitere mautfreie Strecken festzulegen. Kritik daran kommt von der SPÖ: „Umweltpolitisch macht das wenig Sinn. Daher war ich verwundert, dass die Grünen bei so etwas mitgegangen sind“, sagte Vizeklubchef Jörg Leichtfried am Dienstag. Er befürchtet, dass mit der im Gesetz enthaltenen Verordnungsermächtigung „eine Maut nach der anderen“ aufgehoben werden könnte. Was jene belasten würde, die auf die Autobahnvignette angewiesen seien.

Grünen-Chef Werner Kogler rechtfertigte die Vorgangsweise seiner Partei: Er unterstütze hier seine Parteifreunde im Westen, weil die verkehrsgeplagten Gemeinden kurzfristig entlastet würden: „Was auf den ersten Blick seltsam erscheinen mag, ist grundvernünftig.“ Langfristig will Kogler eine kilometerabhängige Maut (siehe Bericht oben).

Die Novelle zum Mautgesetz, die am Mittwoch vom Nationalrat beschlossen wer-

den soll, sieht Ausnahmen von der Vignettenpflicht für fünf grenznahe Autobahnabschnitte in Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich vor. Damit soll der Ausweichverkehr vorwiegend deutscher Autofahrer über niederrangige Straßen beendet werden. Betroffen sind etwa die A1 zwischen dem Walsertal und der Anschlussstelle Salzburg Nord sowie die Inntalautobahn (A12) zwischen der Grenze und der Anschlussstelle Kufstein-Süd. Außerdem erlaubt der Entwurf weitere Ausnahmen von der Mautpflicht.

## Türkis-Grün: ÖVP-Bedenken in Tirol

In Tirol wurden inzwischen Zweifel an einer möglichen türkis-grünen Bundesregierung laut. Die ÖVP stehe am Abgrund und blicke in eine grüne Schlucht, so Wirtschaftslandeshauptmann Franz Hörl in der „Tiroler Tageszeitung“. „Mit Werner Kogler würde es schon gehen, aber die grüne Basisdemokratie und ein Parlamentsklub ohne Erfahrung sind schon ein Risiko.“ Landeshauptmann Günther Platter ist optimistischer: „Die Chemie zwischen Sebastian Kurz und Werner Kogler passt. Das ist eine wichtige Voraussetzung.“ (red./APA)